

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	XIII
Literaturverzeichnis	XVII
Glossar	XXXI
Einleitung	1
I. Problemstellung	1
II. Begrenzung	2
A. England	3
§ 1 Die Entwicklung der indirekten Zuständigkeiten bei der Anerkennung ausländischer Scheidungsurteile nach autonomem englischen Recht	3
I. Geschichtliche Einleitung	3
II. Die Vorherrschaft des Domizils	5
III. Die (Wieder-)Herstellung der Spiegelbildlichkeit	6
IV. Ansätze zur Überwindung von <i>Travers v. Holley</i>	10
V. Die Einführung der Generalklausel	14
1. <i>Indyka v. Indyka</i>	14
2. Die Folgeentscheidungen	18
VI. Das Scheitern der real-and-substantial-connection-Regel	21
VII. Die gesetzliche Neuregelung von 1971	22
§ 2 Folgerungen aus der englischen Entwicklung	29
B. Frankreich	31
§ 3 Die Anerkennungszuständigkeit bei der Anerkennung ausländischer Urteile nach autonomem Recht	31
I. Rahmen der Darstellung	31
II. Einleitung	31
III. Die Haltung der Cour de cassation bis zum arrêt <i>Simitch</i>	32

IV.	Die Bilateralisation (spiegelbildliche Anwendung) der französischen direkten Zuständigkeitsregeln	32
1.	Anwendung in der Rechtsprechung	33
2.	Begründung durch die Lehre	34
3.	Kritik	38
V.	Die Kontrolle der internationalen Zuständigkeit des Auslands anhand von dessen eigenen Zuständigkeitsregeln	39
1.	Rechtsprechung	40
2.	Begründung in der Lehre	41
3.	Kritik	43
VI.	Die Entwicklung der indirekten Zuständigkeitsregel seit Ende der sechziger Jahre in Richtung auf die Generalklausel (rattachement-Kriterium)	45
1.	Bestandsaufnahme der bisherigen Diskussion	45
2.	Kasuistische Regelung der indirekten Zuständigkeitsgründe?	46
3.	Zuständigkeitskontrolle anhand des ordre public?	46
4.	Der Weg zum arrêt Mack Trucks und dem rattachement-Kriterium	47
5.	Das Vordringen der Lösung von „Mack Trucks“ in die höchstrichterliche Rechtsprechung	51
a.	Ablehnende Entscheidungen	51
b.	Der arrêt Simitch	53
VII.	Der Gehalt der rattachement-Regel	55
1.	Ausschließliche französische Zuständigkeit	55
2.	Die Verbindung von Rechtstreit und Forum	57
3.	Die Absicherung gegen Rechtsmißbrauch	58
a.	fraude à la loi	59
b.	fraude au jugement	59
c.	Kontrolle der Anwendung des richtigen Rechts	60
§ 4	Folgerungen aus der französischen Entwicklung	62
C.	Deutschland	63
§ 5	Die Entstehungsgeschichte des § 328 Abs. 1 Nr. 1 ZPO (Zur historischen Rechtfertigung des Spiegelbildprinzips im deutschen Recht)	63
I.	Die Entstehung der Norm selbst	63
1.	Römisches Recht	63
2.	Die Entwicklung im 19. Jahrhundert	64
a.	Ausgangslage	64
b.	Die Grundlegung des Prinzips bei Feuerbach	65
c.	Die gemeinrechtliche Lehre	67
d.	Partikularrechte und Gesetzesentwürfe	69
e.	Die Entwicklung vom Hannoverschen Entwurf bis zum Inkrafttreten der ZPO	71

f. Die ZPO-Novelle von 1898	73
3. Spätere Gesetzgebungsvorhaben	74
II. Die Identität von örtlicher, internationaler und Anerkennungszuständigkeit im deutschen Recht	75
1. Historische Entwicklung	75
a. Entwicklung der Begriffe	75
b. Entwicklung der Inhalte	78
c. Zusammenfassung	81
2. Der durch die Identität von örtlicher und Anerkennungszuständigkeit vermittelte Gerechtigkeitsgehalt des Spiegelbildgrundsatzes im deutschen Recht	81
a. Die Regeln zur örtlichen Zuständigkeit als Normen mit materiellrechtlichem Gehalt	81
b. Exemplarische Verdeutlichung des Gerechtigkeitswertes von Zuständigkeitsregeln anhand des Wohnsitzgerichtsstandes	84
§ 6 Sinn und Zweck der spiegelbildlichen Feststellung von Anerkennungszuständigkeit (Zur inneren Rechtfertigung des Spiegelbildprinzips im deutschen Recht)	87
I. Der Schutz des Beklagten vor unzumutbaren Gerichtsständen	87
II. Schutz der Souveränität des anerkennenden Staates?	90
III. Rechtssicherheit und Einzelfallgerechtigkeit	91
IV. Anerkennungszuständigkeit und forum shopping	94
V. Zuständigkeitsgleichheit zwischen In- und Ausland	97
VI. Anerkennungszuständigkeit und Anerkennungsfreundlichkeit	100
VII. Annex: Zur Prüfung der Anerkennungszuständigkeit im Prozeß	102
§ 7 Gibt es zwingende Gründe für ein Abrücken vom Spiegelbildgrundsatz?	104
I. Vefehlte deutsche Zuständigkeiten	104
1. Der Vermögensgerichtsstand (§ 23 ZPO)	104
2. Der dingliche Gerichtsstand (§ 24 ZPO)	107
3. Der Gerichtsstand der Belegenheit der Mietsache (§ 29 a ZPO)	108
II. Mögliche Lücken im deutschen Zuständigkeitsystem	109
1. Gerichtsstand der Streitverkündung	109
2. Gerichtsstand der Garantieklage	110
3. Zuständigkeit zur Umwandlung von Schiedssprüchen in staatliche Urteile	112
III. Annex: Anerkennung von Ehescheidungen	114
1. Ausgangslage	114
2. Positivrechtliche Ausnahmen vom Spiegelbildgrundsatz	114
a. Aufenthaltszuständigkeit (§ 606 a Abs. 1 Nr. 4 in Verbindung mit § 606 a Abs. 2, 1. Alternative ZPO)	114

b. Wegfall des Anerkennungszuständigkeitserfordernisses (§ 606 a Abs. 2, 2. Alternative ZPO)	116
D. Zusammenfassung	117
Anhang: Die wichtigsten englischen und französischen Gesetzestexte	119
1. England	119
2. Frankreich	123
Stichwortverzeichnis	126